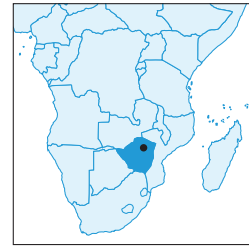


## SIMBABWE



Die Verfassung legt zwar das Recht auf Religionsfreiheit fest, doch ein Gesetz über die öffentliche Ordnung und Sicherheit aus dem Jahr 2002 schränkt die Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit gravierend ein. Auf dieses Gesetz beruft sich die Regierung häufig, um in die Aktivitäten religiöser Institutionen einzugreifen.

Religiöse Institutionen brauchen sich nicht zu registrieren; von Organisationen, die Schulen und Gesundheitsdienste betreiben, wird die Registrierung jedoch verlangt. Christliche Schulen machen etwa einen Drittel aller Schulen im Land aus, aber es gibt auch islamische, hinduistische und jüdische Schulen, insbesondere in Großstädten.

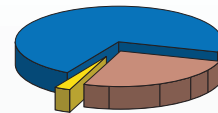
In vielen staatlichen weiterführenden Schulen wird Religionsunterricht angeboten.

Missionarische Aktivitäten werden mit Argwohn betrachtet, da man befürchtet, sie könnten politische Ziele verfolgen. In solchen Fällen interveniert die Polizei, um alle Aktivitäten zu unterbinden, sogar die Verteilung von Nahrungsmitteln und Kleidung oder andere humanitäre Hilfe.

Christliche Gruppen sind äußerst kritisch gegenüber der Regierung unter der Führung von Präsident Mugabe, dem fortgesetzter Verstoß gegen die Menschenrechte und eine katastrophale Wirtschaftspolitik vorgeworfen werden, die das Land im wahrsten Sinne des Wortes in die Hungersnot getrieben hat. Die Regierung akzeptiert solche Kritik jedoch nicht und greift religiöse Gruppen mit Verleumdungskampagnen, Einschüchterung, Machtmissbrauch und Gewalt an.

Ein Kommuniqué der Vollversammlung der Bischöfe von Botswana, Südafrika und Swasiland vom Januar 2009 stellte fest: „Zehn Monate nach den Wahlen vom März 2008, die weithin als Ausdruck des Willens des Volkes von Zimbabwe betrachtet werden, halten Mugabe und seine Gefolgschaft illegal an der Macht fest... Wir, die Katholischen Bischöfe von Südafrika, rufen Mugabe auf, sofort zurückzutreten. Wir fordern, dass so bald wie möglich eine Übergangs-Koalitionsregierung gebildet wird, die den nationalen Wiederaufbau und die Vorbereitung von Präsidentschaftswahlen unter internationaler Aufsicht so schnell wie möglich in die Wege leitet.“

### RELIGIONEN



|           |       |
|-----------|-------|
| Christen  | 71,5% |
| Animisten | 26,0% |
| Sonstige  | 2,5%  |

### Katholiken

1 698 000

### Fläche

390 757 km<sup>2</sup>

### Einwohner

12 644 000

### Flüchtlinge

3 995

### Binnenflüchtlinge

570 000–1 000 000

SIMBABWE

---

Im Februar 2009 einigten sich die Leader der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC), die verschiedene Staaten der Region repräsentiert, bei einer Zusammenkunft in Pretoria nach langen Verhandlungen auf eine Regierung der nationalen Einheit, mit Robert Mugabe weiterhin als Präsidenten und Morgan Tsvangirai, dem Führer der wichtigsten Oppositionspartei „Bewegung für Demokratischen Wandel“ (MDM) als Premierminister. Es war ein Versuch, die lange politische Konfrontation zwischen Präsident Mugabe und Tsvangirai aufzulösen, die häufig zu Zusammenstößen und Gewalt geführt hatte. Tsvangirai hatte die Behauptung Mugabes angefochten, er habe die Präsidentschaftswahlen im März 2008 im ersten Durchgang gewonnen.

Am 28. Mai sagte der angesehene südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu, das Land sei zur „Hölle auf Erden“ geworden, und fügte hinzu, eine nationale Einheitsregierung sei die bestmögliche Option und jede effektive Alternative könne nur das Ergebnis neuer Parlamentswahlen sein.

Ende Oktober 2009 wurde Manfred Novak, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung, daran gehindert, ins Land einzureisen. Er wurde am Flughafen der Hauptstadt Harare angehalten und des Landes verwiesen. Zwar war er auf Einladung von Morgan Tsvangirai nach Zimbabwe gereist, aber die Polizei, die vom Präsidenten kontrolliert wird, hinderte ihn am Betreten des Landes.

Zimbabwes Christliche Allianz, der Katholiken, Anglikaner, Evangelikale und Pfingstkirchen angehören, äußerte die Befürchtung, dies könne das Zeichen einer ersten Stufe der Auflösung und des Scheiterns der nationalen Einheitsregierung sein, und erklärte: „Wir sind besorgt, dass der Zusammenbruch der Regierung allgemeine Gewalt im Land auslösen könnte, was sich negativ auf die gesamte Region auswirken würde... Es besteht das Risiko eines Blutbads.“

### **Anglikaner**

Missbrauch, Einschüchterung und Gewalt seitens der Behörden und der Polizei werden systematisch gegen die Anglikaner eingesetzt: Razzien während des Gottesdienstes, Verhaftungen von Priestern und Gläubigen, Zwangsschließungen von Kirchen. Die Regierung unterstützt Nolbert Kunonga, den ehemaligen anglikanischen Bischof von Harare und Mitglied der Partei ZANU-PF, der 2007 die „Kirche der Provinz Simbabwe“ (CPZ) gründete, die eher eine politische Einheit als eine christliche Gemeinschaft ist, aber dennoch von der herrschenden Partei als einzige legitime Anglikanische Kirche in Zimbabwe anerkannt wird.

In diesen Jahren hat die CPZ weiterhin versucht, sich Güter und Gebäude der Anglikani-

---

schen Kirche anzueignen. Lokalen Quellen zufolge hat die Polizei der CPZ bei etlichen Gelegenheiten Hilfe geleistet.

Ebenso versucht die CPZ, die Kontrolle über anglikanische Schulen in der Provinz Harare zu erlangen. Am 27. Januar 2009 vertrieben CPZ-Priester, begleitet von der Polizei, gewaltsam den Leiter einer weiterführenden Schule im östlichen Mashonaland und seinen Stellvertreter und setzten stattdessen Mitglieder der CPZ ein. Lokale Quellen beschuldigten die neuen Leiter, Einkünfte aus den Schulgebühren für die Bezahlung ihrer Privatwagen zu verwenden.

Unter vielen anderen Vorfällen kam es dazu, dass am 29. März 2009 etwa zwanzig Polizisten Gläubige daran hinderten, die anglikanische Kirche St. Francis im Vorort von Harare, Glen Norah, zu betreten. Da die Gläubigen sich versammelten, griff die Polizei sie an und prügelte mit Stöcken auf sie ein. Der Priester weigerte sich, den Menschen zu sagen, dass sie gehen sollten, und wurde darum zusammen mit drei Gläubigen wegen öffentlicher Ruhestörung verhaftet. Die Polizei setzte Tränengas ein, um die Menge einzuschüchtern, und ein Mann wurde von einem Projektil verwundet. Der Priester wurde später wegen „Anstiftung zur Gewalt“ angeklagt.

Am 26. März hinderte die Polizei den Pfarrer von St. Andrew daran, die Kirche zu betreten, um den Gottesdienst zu feiern. Der Priester hielt deshalb den Gottesdienst unter einem Baum vor der Kirche ab. Die Polizei setzte Tränengas ein, um die religiöse Versammlung aufzulösen.

Am 22. März hinderten Anhänger Kunongas mehrere Frauen daran, die anglikanische Kirche in Tarara, einem Vorort von Harare, zu betreten. Die Frauen leisteten Widerstand, und es kam zu einem Tumult, in dessen Verlauf die Türen und Fenster der Kirche beschädigt wurden. Kunongas Anhänger riefen die Polizei, die mehrere Gemeindeglieder festnahm mit der Beschuldigung, sie hätten die Kirche beschädigt.

Kunongas Anhänger hinderten anglikanische Gläubige sogar daran, ihre Toten auf dem anglikanischen Friedhof in Chitungwiza zu beerdigen.

### **Quellen**

Fides News Agency

BBC

[www.missioni-africane.org](http://www.missioni-africane.org)

U.S. Department of State, Annual Report on International Religious Freedom, ed. 2009; ed. 2010